



Florian Rötzer

Das Internet – Demokratisierung oder Balkanisierung?

Wie bei vielen anderen Medien zuvor verbinden sich auch mit dem Internet nicht nur Ängste vor Zerstörungen, sondern ebenso Hoffnungen auf Veränderungen. Schon früh erwartete man von dem neuen Medium – das im Unterschied zu den herkömmlichen Massenmedien ein im Prinzip globales Informations- und Kommunikationsmittel darstellt –, dass es herrschende Machtstrukturen aufbreche und demokratisierende Wirkung habe.

Manche sahen auch einen Zusammenhang zwischen dem Ende des Kalten Krieges, also dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems, das sich hinter Mauern und Grenzen einschloss, und dem Aufkommen des Grenzen überschreitenden Webs, das 1990 am CERN für einen besseren Informationsaustausch von Wissenschaftlern in aller Welt entwickelt wurde. Tatsächlich zog sich auch 1989 die ARPA (eigentlich: Defense Advanced Research Projects Agency) und damit das Militär aus dem Internet zurück, das damals zunächst in die Hände der zivilen National Science Foundation gelegt wurde. Das so ›zivilisierte‹ World Wide Web mit der Möglichkeit, neben Text auch Sprache, Bilder, Videos und Musik darzustellen und Seiten zu verlinken, wuchs explosionsartig an. Trotz aller (wirtschaftlichen) Krisen nimmt die Zahl der Internetnutzer und Websites noch immer rasant zu. Das Web ist für die Menschen nicht, wie viele Start-up-Unternehmen und auch Politiker zunächst gemeint haben, vornehmlich als Ort des E-Commerce attraktiv, sondern weil es eine bislang unvorstellbare und auch verführerische Freiheit des Publizierens und Kommunizierens eröffnet. Innerhalb von nur sieben Jahren, von 1992 bis 1999, wuchs das Internet von 1 Million auf 60 Millionen Hosts. Heute werden jeden Tag 1 Million neue Seiten ins Web gestellt, haben bereits 400 Millionen Menschen einen Internetzugang, meist natürlich in den reichen Ländern. Mit der Entwicklung des *bunten Webs*, das eine einfache und intuitive Nutzung ermöglichte, ge-

schah auch die Loslösung des Netzes von den ersten Pionieren, den Universitätsangehörigen, Computerspezialisten und Hackern; zugleich begann der kometenhafte Anstieg der kommerziellen Nutzung, vor allem aber setzte es sich als Massenmedium durch.

Die neue Öffentlichkeit im Internet

Eine der Verführungen des Webs besteht zweifellos in seiner Grenzenlosigkeit oder, anders gesagt, in der Enträumlichung. Werden keine neuen (technischen) Grenzen errichtet, so können die Menschen jetzt erstmals ohne den Filter von Redakteuren oder auch Zensoren schnell, einfach und billig eigene Informationen weltweit veröffentlichen; sie sind nunmehr in der Lage, jene Informationen, die Menschen oder Organisationen auf der ganzen Welt ins Netz gestellt haben, zu empfangen und gleichzeitig mit diesen Menschen und Organisationen in zeitverschobene (E-Mail, Newsgroups etc.) oder Echtzeit-Kommunikation (Chat, ICQ, Videoconferencing etc.) zu treten.

Als geradezu revolutionär erweist sich das neue virtuelle ›Land‹ darin, dass es, zumindest theoretisch, keine Hierarchien und keine unterschiedlichen Entfernungen kennt. Auch wenn es natürlich häufig besuchte ›Orte‹ gibt, während sich die meisten ›Heime‹ weitab von den Surferströmen befinden, so liegen die Sites anders als in der wirklichen Welt theoretisch alle gleich weit voneinander entfernt. Räumlich gibt es keine Unterscheidung zwischen Stadtzentren, Randzonen, Dörfern und dem gering besiedelten Umland, sondern nur die von der Bandbreite abhängige Geschwindigkeit und stärker oder schwächer verlinkte Sites. Die stark verlinkten Sites ziehen mehr Menschen an und genießen eine entsprechend höhere Aufmerksamkeit. In der neuen, zentrumslosen und inhomogenen Topografie des Internets sind hierarchische Machtstrukturen egalitären, jedoch durch Konkurrenz ausgezeichneten Aufmerksamkeitsstrukturen



gewichen. Man könnte auch sagen, Prominenz oder Bekanntheit bilden die neue Hierarchie.

Viele komplexe Systeme lassen sich als Netzwerke beschreiben, die aus Knoten (Individuen, Organisationen, Websites, Server, Zellen etc.) und den Verbindungen zwischen ihnen bestehen. Während aber die sozialen Netze aus Knoten (Personen) bestehen, die in aller Regel etwa gleich viele Verbindungen zu anderen Knoten – und diese gehäuft in einem lokalen Raum – besitzen, ist dies im Internet anders. Hier können einige Knoten (Server bzw. Websites) sehr viele Verbindungen haben, während die überwiegende Mehrzahl eher weniger besitzt. Vor allem aber lassen sich im Web weder eine Zufallsverteilung der Verbindungen noch eine charakteristische Durchschnittshäufigkeit feststellen. Zudem gibt es relativ viele Verbindungen, die sich über große Entfernungen erstrecken. Derartige inhomogene Netzwerke, die sich im Normalfall gegen Störungen, aber auch Kontrollen als sehr robust erweisen, nennt man skalenfrei. Wenn man zufällig Knoten entfernt, so fallen mit größerer Wahrscheinlichkeit die weniger vernetzten aus, so dass das gesamte Netzwerk davon kaum oder gar nicht betroffen ist. Vermutlich kann in diesem ›Strukturvorteil‹ der Grund dafür gesehen werden, dass Netzwerke dieses Typs häufig in der Natur vorkommen.¹

Die grundlegende Eigenschaft des Webs besteht in der Möglichkeit für die Nutzer, Hyperlinks zu setzen oder durch die Eingabe von URLs direkt von einem ›Ort‹ zum anderen zu springen. Anders als in der wirklichen Welt, in der Orte durch unterschiedliche Entfernungen charakterisiert sind, die durch Raum und Zeitaufwand definiert werden, liegen die virtuellen Orte im Cyberspace zumindest theoretisch alle gleich weit voneinander entfernt und sind alle von jedem Ort aus gleichermaßen zu erreichen. Dabei stehen Hütten neben Palästen; glitzernde und viel besuchte Einkaufszentren neben schmuddeligen Billigbuden; Regierungsgebäude neben Orten, an denen sich Kriminelle aufhalten; Plätze für Kinder neben Rotlichtbezirken; Büros neben Spielkasinos. Der Raum wird hier durch die Infrastruktur ersetzt, die etwa bestimmt, auf welchen Wegen, mit welchen Protokollen und welcher Kapazität Daten übermittelt werden.

Diese neuartige Öffentlichkeit im Internet hat viele der bislang dominierenden Begrenzungen der Informations- und Kommunikationsflüsse tief greifend verändert. Sie wird auch weiterhin zu neuen Strukturen führen, sofern für den Internetzugang und die Kommunikation

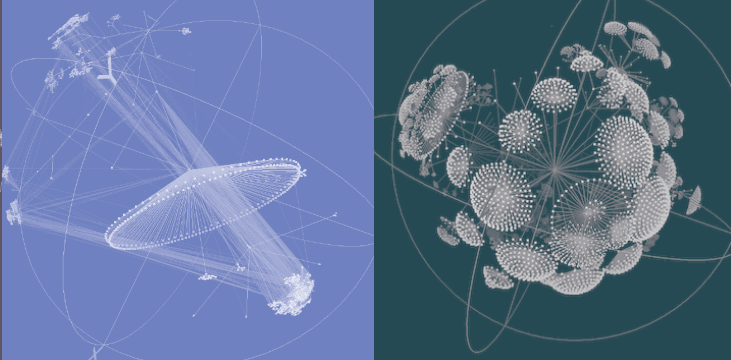
Anonymität möglich bleiben wird und staatliche Instanzen nicht versuchen, in das Internet territoriale Grenzen einzuziehen.

Um das Internet der wachsenden Kontrolle zu entziehen – das anfangs, ehe es dicht besiedelt und wirtschaftlich interessant wurde, noch einem neuen Land ohne Gesetze nach Art des Wilden Westens entsprach –, werden neue, internetähnliche Netze wie Freenet entwickelt. In diesen können Kopien von Dateien auf den vielen vernetzten Computern zirkulieren, die zugleich Client und Server sind, ohne dass es einen zentralen Angriffspunkt für Zensur oder Strafverfolgung gibt und ohne dass die ›Autoren‹ der Dateien ermittelt werden können. Da die Verbindungsadressen etwa bei der Tauschbörse Napster auf zentralen Servern gespeichert waren, ließ sich durch juristisches Vorgehen im Rahmen des Urheberrechts der Tausch von Musikdateien blockieren. Die neuen P2P-Netze versuchen, diesem Zugriff zu entgehen, indem sie auf zentrale Server verzichten.

Ist das Internet von autoritären Staaten zu kontrollieren?

Medien und Telekommunikation sollen – so die Hoffnung – die Begrenzungen autoritärer Regime aufbrechen und deren Zensur unterlaufen. Als Argument dafür dient der Zusammenbruch des Ostblocks. Medien sollen nicht nur Löcher in die Mauern geschlagen haben, so dass die ›Eingespernten‹ die verlockenden Güter der Freizeit- oder Freiheitswelt erblicken konnten; sie sollen ebenso die Freiheitsbewegungen nach Art des Schneeballeffekts verstärkt haben. Viele sehen im Internet ein nicht zu bändigendes Medium der Meinungsfreiheit und des freien Informationsflusses, das allmählich Herrschaftsstrukturen in jenen Ländern aufbricht, die sich hinter Mauern einschließen. Diese Ansicht sei, zumindest mittelfristig, falsch, meinte kürzlich provokativ ein Bericht, in dem die Verhältnisse in China und Kuba untersucht werden.²

Sowohl in China, das eine offensive Internetpolitik betreibt, als auch in Kuba, das den Zugang möglichst beschränken will, verfügt erst eine verschwindend geringe Zahl an Bürgern über die Möglichkeit, das Internet zu benutzen. In China sind nach amtlichen Schätzungen etwa 26 Millionen Menschen Internetbenutzer, die erste Verbindung mit dem Internet wurde 1993 über eine Universität eingerichtet. In Kuba haben bislang wahrscheinlich nur 60 000 der insgesamt 11 Millionen Einwohner



einen Internetzugang; erst 1996 entstand die erste Verbindung mit dem Internet; es existieren kaum Internetcafés, die noch dazu scharf kontrolliert werden.

Ein Massenmedium ist das Internet hier, wie in den meisten autoritären Ländern, also nicht. Dafür verantwortlich sind nicht nur technische Rückständigkeit und geringerer Wohlstand, sondern eben auch die Politik des Regimes selbst. Zumindest scheint es eine Verbindung zwischen der Angst der Machthaber vor den neuen Medien und der tatsächlich möglichen Nutzung des Internets zu geben: je autoritärer ein Staat, desto geringer normalerweise auch die Internetnutzung (Burma, Irak, Laos, Saudi-Arabien, Afghanistan ...). Die beiden Autoren behaupten in ihrem Bericht zunächst zutreffend, dass die These von der inhärenten Förderung von Demokratisierungsprozessen kaum untersucht und noch weniger belegt worden sei. Wenn sie jedoch durch Schilderung der Kontrollen, die der Internetbenutzung in China und Kuba auferlegt werden, zeigen wollen, dass es diesen Regimen nicht nur gelingt, das Internet ungefährlich zu machen, sondern es gar zur eigenen Machterhaltung einzusetzen, so ist dies eine verkürzte Darstellung.

Den etwas vorschnellen Schlussfolgerungen der Autoren und ihrer provozierend sicheren Kritik an den tatsächlich oft überzogenen Technikerwartungen scheint ein für unsere westliche Gesellschaft typisches Wunschdenken eigen zu sein, das ungeduldig in Frustration umschlägt und das offenbar unserer Konsum- und Mediengesellschaft innewohnt: Wenn etwas nicht unmittelbar Wirkung zeigt, dann hat es keine Wirkung und ist folglich zu nichts nütze. Denn beide Länderbeispiele zeigen zumindest auch, dass die Kontrolle des Internets nicht nur unermüdliche Überwachung voraussetzt, sondern dass diese auch bei wachsender Zahl der Internetbenutzer sowie den technischen Möglichkeiten, Filter zu umgehen und anonym zu bleiben, immer schwieriger wird. Politische Organisationen, Menschenrechtsgruppen oder auch Einzelne werden vermutlich immer Wege finden, Informationen zu empfangen und zu versenden.

China versucht, oppositionelle Organisationen wie Falun Gong im Land zu zerschlagen und den Zugang zu Websites ausländischer Medien oder oppositioneller Gruppen zu blockieren. Aber das ist und bleibt eine Sisyphus-Arbeit, die keine vollkommene Zensur erreicht, während die Möglichkeiten der schnellen, unaufwändigen und grenzüberschreitenden Informations- und Kommunikationsflüsse auf jeden Fall größere Löcher in die

Grenzen schlagen, als dies mit anderen Medien zuvor möglich war. Auch das Buch hat nicht unmittelbar die Revolution von 1789 bewirkt, aber die Möglichkeiten, welche die Drucktechnik eröffnet hat, waren entscheidend für Ausbreitung und Zirkulation der Ideen.

Vermutlich erfuhr Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban vor den US-Angriffen die bislang stärkste Zensur: nicht durch die Kontrolle des Zugangs (Kuba) oder der Nutzung (China), sondern – noch im Juli 2001 – gleich durch Abschaffung des Internets. Dies ging mit der möglichst weit gehenden Isolierung des Landes und der bis in Einzelheiten hineinreichenden Regulierung des Lebens der Menschen einher. Fernsehen und Satellitenschüsseln waren schon länger verboten, Telefone gab es kaum. Um »das Böse von der heiligen Insel zu verbannen«, wurden etwa Musikinstrumente, Computer, Videos, Filme und deren Wiedergabegeräte, aber auch Bilder von Menschen oder Spielkarten verboten. Unterhaltung ist, wie Machthaber erkannt haben, für ein autoritäres Regime auch subversiv, während Entertainment kapitalistische Systeme mit großen sozialen Ungleichheiten durchaus stützen kann. Jedes System, das eine panoptische Kontrolle zu realisieren sucht, wird notwendigerweise zum geschlossenen Gefängnis, das sich von der Außenwelt und ihren Einflüssen abkoppeln muss.

Eine Unterminierung autoritärer Regime muss nicht notwendigerweise mit einer expliziten politischen Opposition einhergehen. Die neuen Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten – wie E-Mail, Chat oder Newsgroups – unterlaufen familiäre und lokale Zwänge. Und so können sie eine Sprengkraft entfalten, die allzu starke Kontrollen individueller Freiheiten aufbricht. Nicht zu unterschätzen ist auch die Tatsache, dass das Internet es prinzipiell jedem ermöglicht, sich ein eigenes Bild von der gesellschaftlichen und politischen Situation in anderen Ländern zu machen. Und hier könnten es vor allem die Frauen sein, die das Internet zur eigenen Befreiung nutzen. Wohl aus diesen Gründen haben besonders Kulturen mit stark reglementiertem Sozialleben am meisten Angst vor dem Internet.

An dem zwiespältigen Versuch aber, die Verbreitung des Internets aus ökonomischem Interesse zu fördern und gleichzeitig seine Benutzung im Detail kontrollieren zu wollen, werden autoritäre Regime vermutlich langfristig zerfallen. Das jedoch muss noch nicht bedeuten, wie uns die jüngste Geschichte zeigt, dass sich aus einem solchen Zerfall demokratische Strukturen entwickeln.



Die westliche Variante

In den Demokratien westlichen Typs sind die Probleme anders gelagert. Hier steht die Organisationsfrage für das Internet mit ihren politischen und rechtlichen Konsequenzen im Vordergrund. Umstritten war und ist die Entscheidung der ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers), die für den zentralen Root-Server des Internets verantwortlich ist, dass neben den bestehenden Top-Level-Domains .com, .org oder .int sieben weitere eingeführt werden sollen, um die Knappheit im Namensraum zu beheben. Kritisiert wurden die Zahl und die Art der neuen TLDs. Neues Ungemach zieht mit dem Gesetzesvorschlag ›Dot Kids Domain Name Act of 2001‹ zweier Abgeordneter des US-Kongresses herauf: Sie fordern die Einrichtung einer inhaltlich überwachten .kid-TLD und verlangen, dass die US-Regierung die ICANN kontrollieren soll.

Die Politiker werfen der ICANN vor, unverantwortlich gehandelt und nicht auf die Bedürfnisse der Öffentlichkeit reagiert zu haben. Die TLD .kids wurde zwar bei der ICANN diskutiert, aber schließlich als zu problematisch verworfen. Bekanntlich soll die von der US-Regierung eingesetzte ICANN autonom als internationale Organisation, in der neben Vertretern der Industrie auch gewählte Repräsentanten des ›Internetvolks‹ sitzen, vornehmlich das globale Domain Name System (DNS) verwalten und so die Integrität des Internets aufrechterhalten. Gleichwohl untersteht die ICANN weiterhin kalifornischem Recht, und das amerikanische Wirtschaftsministerium hat sich vertraglich das Recht gesichert, wichtige Entscheidungen billigen zu müssen.

Nach dem Gesetzesvorschlag soll die .kids-Domain ein »Hafen für Inhalte« werden, der »positive Erfahrungen von Kindern und Eltern, die das Internet benutzen, fördert, eine sichere Online-Umgebung für Kinder schafft und zu verhindern hilft, dass Kinder anstößigen Inhalten im Netz ausgesetzt sind«. Um den »Hafen« sauber zu halten, soll ein unabhängiges Komitee schriftliche Kriterien für diejenigen formulieren, die hier eine Domain registrieren wollen. Festgelegt werden soll ebenfalls, welchen inhaltlichen Beschränkungen die .kids-Domaininhaber unterworfen sind. Regelmäßige Kontrollen sollen die Einhaltung der Kriterien gewährleisten. Unklar bleibt dabei, was für Minderjährige als »anstößig« angesehen werden soll. Denn das ist ein weites Feld, das vielfältige Auslegungen erlaubt, zumal es sich um eine internatio-

nale Domain handelt und nicht die ganze Welt den Vorstellungen der Amerikaner folgt.

Die Politiker wollen in der .kids-Domain eine Art geschützten Spielplatz sehen, auf dem Kinder unbedenklich surfen können. Damit sie dort nicht verfolgt, ausgenutzt oder anderweitig belästigt werden, soll Generalstaatsanwalt Ashcroft zusammen mit dem Wirtschaftsministerium einen Katalog geeigneter Schutzmaßnahmen erarbeiten – von hier aus wäre der Schritt nicht weit, ein vom Internet getrenntes kids-Netz zu errichten. Ebenso ließen sich weitere geschlossene Netze wie etwa .sex entwickeln.

Eine solche Fragmentierung wird von manchen bereits gefordert, um das Internet sauber und sicher zu machen. Mehrere Internets seien wünschenswert, eines sei nicht genug, argumentiert etwa Clyde Crews vom Cato Institute, um so die Grenzen auch im virtuellen Raum wieder einzuführen und nationale Rechtsprechungen zu gewährleisten (<http://www.cato.org/dailys/01-05-01.html>). Natürlich sollten für den Amerikaner die Netze auch in privater Hand liegen, weil damit eine zentrale Kontrolle unnötig wäre und jedes ›Splinternet‹ seine eigenen Regeln aufstellen könnte: nicht gesetzliche Regulation also, sondern viele Netze mit vielen eigenmächtig aufgestellten Regeln. Selbstverständlich, so Crews, wäre das alles für die Nutzer nur von Vorteil: »Das Internet benötigt Grenzen, hinter denen die Nutzer den zerstörerischen politischen Lösungen der Kämpfe entgehen können, die sich dem nicht in Privatbesitz, sondern im öffentlichen Besitz befindlichen Internet verdanken. Widerstreitende gesetzgeberische Visionen in einem Cyberspace, der von Exhibitionisten im einen Extrem und von Mächtgern-Bewohnern von abgeschlossenen Siedlungen im anderen bevölkert wird, offenbaren die grundlegende Wahrheit, dass nicht jeder mit jedem anderen verbunden sein muss.«

Die Balkanisierung löst alle Probleme, erhöht die Optionen, schützt die Rechte und beendet alle Konflikte in Freiheit? Wenn dem so wäre, dann müsste bereits die plurale Welt der Nationalstaaten das Paradies sein ...

1 Vgl. R. Albert, H. Jeong und A.-L. Barabási: The Internet's Achilles' heel: Error and attack tolerance of complex networks. In: *Nature* 406, 2000, S. 378.

2 Vgl. S. Kalathil und T. Boas in dem vom Carnegie Endowment for International Peace veröffentlichten Aufsatz *The Internet and State Control in Authoritarian Regimes: China, Cuba and the Counterrevolution* (<http://www.ceip.org/files/pdf/21KalathilBoas.pdf>).